

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Einzelpreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Zustellgebühr monatlich 2,00 M., bei Zustellung unter Straßband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Interate sollen die nachgepagte, Kompartiments- oder deren Raum 1,20 M., Wochensagen das festgesetzte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Anzeigenpreis nach dem Preisfamilien- und Veranlagungsanzeigen nach der Zeitung sein. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 1 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Roden 2595 und 2596.

Freiheit

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Wirtschaftsforderungen der Entente.

Eine neue Note der Alliierten.

Die Ursachen für die wirtschaftlichen Bedingungen.
Versailles, 23. Mai.
Die deutsche Friedensdelegation hat am 23. Mai abends nachfolgende Note erhalten:
Herr Präsident!

1. Die alliierten und assoziierten Mächte haben den Bericht der durch die deutsche Regierung zur Prüfung der wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages eingesetzten Kommission erhalten und sorgfältig geprüft. Dieser Bericht scheint ihnen eine sehr unzureichende Darstellung der Tatsachen zu geben, an gewissen Stellen starke Übertreibungen aufzuweisen und die grundlegenden Prinzipien zu verkennen, die aus den Ursachen des Krieges und aus seinem Ausgang resultieren und welche die aufzuerlegenden Bedingungen erklären und begründen.

Die verminderte Bevölkerung.

2. Die deutsche Note erklärt einleitend, daß die industriellen Ressourcen Deutschlands vor dem Abzuge zur Bedienung der Bevölkerung einer Bevölkerung von 67 000 000 Einwohnern nicht genügen, und sie stellt es so dar, als entspräche diese Ziffer der Bevölkerungszahl, für die Deutschland mit verminderten Kraftleistungen auch in Zukunft sorgen muß. Das ist nicht der Fall. Die gesamte Bevölkerung Deutschlands wird um etwa 1 000 000 Seelen verringert werden, die zu nichtdeutschen Gebieten überführt werden und die man zu besammeln beabsichtigt. Es sind die Bedürfnisse dieser verminderten Bevölkerung, die zu berücksichtigen sind zu prüfen.

Die Abtretung der Handelschiffe.

3. Die deutsche Note sagt darüber, daß man von Deutschland die Abtretung seiner vorhandenen oder im Bau befindlichen Handelsschiffe, sowie ein Prioritätsrecht auf seine Schiffsbauten während einer bestimmten Anzahl von Jahren verlangt. Die Note enthält jedoch nicht, daß man Deutschland einen wichtigen Teil seiner kleinen Handelschiffe unverehrt überlassen will. Die Vertreter Deutschlands scheinen vollständig übersehen zu haben, daß das Opfer seiner großen Handelschiffe die unvermeidliche notwendige Sühne bildet, die ihm auferlegt wird, weil es in den letzten zwei Jahren des Krieges allem Verstand und allen Besinnen zum Hohn einen erbarmungslosen Feldzug gegen die Handelsflotte der Welt geführt hat. Als teilweisen Ersatz der verlorene Schiffe zu übertragen; mit anderen Worten, die Schiffe, die man Deutschland wegzunehmen beabsichtigt, stellen weniger als den dritten Teil der Tonnage dar, die auf diese nicht zu rechtfertigende Weise zerstört worden ist. Das Defizit an Handelschiffen der ganzen Welt ist das Ergebnis nicht der Friedensverträge, sondern der Haltung Deutschlands; man kann sich vernünftigerweise nicht wundern, daß man von Deutschland verlangt, seinen Teil — dieser Teil ist sehr bescheiden — des Verlustes zu übernehmen, die es durch seine verbrochenen Handlungen verursacht hat.

Die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

4. Die Note betont nachdrücklich die Absicht, Deutschland im Falle der Abtretung der Schiffe, die besonders für die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln in Betracht kommen. Das ist richtig, aber sie bemerkt nicht, daß nichts in dem Friedensvertrag die Abtretung dieser Art von Bodenkultur in den betreffenden Gebieten oder die Einfuhr dieser Erzeugnisse nach Deutschland verbietet. Im Gegenteil ist die Einfuhr dieser Erzeugnisse aus den Ostgebieten für eine Anzahl von Jahren vorgesehen, außerdem ist es ein Blick für die Zukunft, daß diese Gebiete nichts von ihrer Produktivität während der Kriegsjahre verloren haben. Sie sind dem internationalen Schicksal entgangen, das die deutschen Armeen den besetzten Gebieten Belgiens und Frankreichs im Westen, Rumaniens, Rumaniens und Serbiens im Osten auferlegt hat. Es liegt offenbar kein Grund vor, weshalb ihre Erzeugnisse nicht weiter auf deutschem Gebiet abgesetzt werden sollten.

Einfuhr von Phosphaten.

5. In der Note wird besonderer Nachdruck auf die beabsichtigten Einschränkungen betreffend die Einfuhr von Phosphaten gelegt. Es wird jedoch außer acht gelassen, daß Deutschland die Phosphate, deren es bedarf, niemals erzeugt, sondern ausschließlich hat. Ferner findet sich in dem Wortlaut des Friedensvertrages keine Bestimmung, die in Zukunft die Einfuhr von Phosphaten nach Deutschland verbietet oder verbietet. Andere Länder, die keine Phosphate erzeugen, sind gezwungen, sie einzuführen, dergleichen viele andere Erzeugnisse, die aus dem Auslande kommen; der Unterschied zwischen den beiden Situationen wird allein gebildet durch den Grad des Reichtums oder der Armut der Betroffenen.

Die Abgabe von Kohlen.

6. Die deutsche Note beschwert sich ganz besonders darüber, daß man Deutschland seine Kohle wegnehme und behauptet, daß Deutschland fast ein Drittel der Erzeugung der bestehenden Kohlengruben verliere, aber sie unterläßt es, zu bemerken, daß ein Viertel des deutschen Kohlenabbaus, deren Übertragung jetzt beabsichtigt ist. Außerdem verzicht sie die Erzeugung der Braunkohle zu erwähnen, die für Deutschland jährlich vor dem Kriege 80 Millionen Tonnen betrug, von denen nichts aus diesen übertragenen Gebieten stammt. Es wird auch nicht die Tatsache berücksichtigt, daß die Kohlenenerzeugung der nicht übertragenen Gebiete vor dem Kriege rasch wuchs; es besteht kein Grund, zu bezweifeln, daß diese Steigerung sich in Zukunft bei sachgemäßer Ausbeutung fortsetzen wird.

Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich.

7. Aber muß nicht die Kohlenfrage unter anderen und zwar weiteren Gesichtspunkten betrachtet werden? Es darf nicht vergessen werden, daß zu den unberechtigten Verheerungen, die die deutschen Armeen während des Krieges begangen haben, die fast vollständige Zerstörung der Kohlenfelder in Nordfrankreich zählt. Eine ganze Industrie ist mit Vorbedacht und Willkür vernichtet worden und es werden Jahre nötig sein, um sie wieder ins Leben zu rufen. Die Folge davon ist ein langwieriger und ernstlicher Mangel an Kohle in Westeuropa. Es gibt gerechtere Gründe, die die Folgen dieses Mangels ausschließlich von den alliierten Ländern getragen werden, die die Opfer davon waren, aber dafür, daß Deutschland, welches mitwirdig dieses Defizit verschuldet hat, es nicht im vollen Maße seiner Kräfte ausgleicht.

Die Einfuhr von Eisenerzen und Zinn.

8. Die Note hebt ebenfalls die Schwierigkeiten hervor, die für Deutschland dadurch verursacht werden, daß es in Zukunft Eisenerze und Zinn einzuführen genötigt ist. Man versteht nicht, warum Deutschland unter Verhältnissen leiden sollte, denen sich andere Länder gutwillig unterwerfen müssen. Es wäre ein grundlegendes Interesse zu glauben, daß es notwendig ist, die politische Souveränität aufzugeben, um sich in einem Lande einen angemessenen Prozentsatz der Erzeugung zu sichern, eine solche Anschauung beruht auf keinem wirtschaftlichen oder historischen Gesetz.

Die Zukunft der deutschen Industrie.

9. Die alliierten und assoziierten Mächte können die rein spekulativen Betrachtungen nicht anerkennen, die die deutsche Note bezüglich der Zukunft der deutschen Industrie im allgemeinen enthält. Diese Betrachtungen erscheinen ihnen als durch offensichtliche Übertreibungen gekennzeichnet und entstellt. Die Tatsache wird nicht berücksichtigt, daß die wirtschaftliche Katastrophe, die der Krieg verursacht hat, sehr ausgedehnt ist und sich sogar auf die ganze Welt erstreckt. Alle Länder werden darunter zu leiden haben. Es gibt keinen Grund dafür, daß Deutschland, das die Schuld am Kriege trägt, nicht ebenfalls darunter leiden soll!

(Schluß der Note auf Seite 2.)

Die deutschen Gegenvorschläge.

(Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“.)

Versailles, 24. Mai.

Der heute mittags aus Spaa zurückgekehrte Graf Ranga u erklärte den Vertretern der Presse, daß Montag oder Dienstag die deutschen Gegenvorschläge fertig seien und entgegen der ursprünglichen Absicht noch vor der achtstündigen Frist, die Donnerstag abläuft, überreicht werden würden. Graf Ranga u bestritt, daß er bereit wäre, den jetzt vorliegenden Vertragsentwurf zu unterschreiben.

Au das arbeitende Volk Rußlands.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat mit großer Freude den brüderlichen Gruß der revolutionären Arbeiter und Bauern Rußlands empfangen, den der Vollkommener der Arbeiterklasse, Genosse Tschitcher in, den deutschen arbeitenden Massen im Angesicht der von der Entente dem deutschen Volk zugeworfenen Friedensbedingungen zugesandt hat. Wir sind davon durchdrungen, daß ebensowenig wie der Weltfrieden von Prest-Bitovst so auch der Versäiler Friede von Bestand sein wird. Wir sind überzeugt davon, daß die unaufhaltsam wachsende Solidarität der Arbeiter aller Länder das deutsche arbeitende Volk und die gesamte Menschheit aus den Fesseln des Imperialismus befreien wird.

Die Parteileitung

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Utopisch und unsozialistisch.

Wir haben bereits vor einigen Tagen von einer Denkschrift des Reichswirtschaftsamts berichtet, in der dem Gesamtkabinet Vorschläge für eine Neuorganisation der Wirtschaft unterbreitet wurden. Die „Rössische Zeitung“ veröffentlicht nun aus dieser Denkschrift, die natürlich abheim bleiben sollte, einige Auszüge.

Wir haben immer wieder auf die ärztliche Unfähigkeit und Untätigkeit der Regierung in allen wirtschaftlichen und Finanzfragen hingewiesen. In diesem halben Jahr sind Unterlassungen beantragt worden, die das deutsche Volk um Milliardenwerte geschädigt haben und den Neuaufbau unserer Wirtschaft außerordentlich erschweren. Unterlassungen, die überhaupt nicht mehr auszumachen sind. Diese Erkenntnis ist auch dem Wirtschaftsministerium nicht fremd. Der Öffentlichkeit gegenüber freilich hat auch das Wirtschaftsministerium aus dieser Erkenntnis ein strenge Geheimnis gemacht, und auch die Denkschrift wäre Geheimnis geblieben, wenn nicht irrendwelse böswillige oder eifersüchtige andere Regierungsstellen sie einzelnen Redaktionen unanlässlich gemacht hätten. Der alte Regierungsrundschuß, daß dem Volke die Religion, soll heißen das Vertrauen in die Unfehlbarkeit der Regierung unter allen Umständen erhalten bleibe, besteht noch wie vor in voller Geltung. Das Wirtschaftsministerium stellt zunächst fest:

„Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß das Kabinett von Tag zu Tag seine Vertrauens in der Bevölkerung einbüßt. Darüber darf die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß die Stellung des Kabinetts, rein politisch betrachtet, durch das Vertrauen einer parlamentarischen Mehrheit bis auf weiteres gesichert erscheint... Sicherlich wird beispielsweise durch die Erbschaft eines verlorenen Krieges und durch den Zwang unentgeltlichen Wartens auf einen schlechten Frieden das Geschäft unerschütterlich erschwert; aber ebenso gewiß läßt sich auch sagen, daß das Volk zu der Klage berechtigt ist, von der Regierung sei nicht jede Gelegenheit ausgenutzt worden, um das jeweils erreichbare Beste durchzuführen...“

Einer der Gründe der Untätigkeit sieht das Wirtschaftsministerium in dem Durch in anderen Arbeiten der Behörden, die alle sich mit wirtschaftspolitischen Fragen befassen: Reichswirtschaftsministerium, Ministerium des Auswärtigen, Reichsfinanzministerium, Reichsstaatsministerium, Reichsarbeitsministerium, Reichsenergieverwaltung und Reichswehrministerium.

„Wer bei dieser verirrten Geschäftsverteilung die Verantwortlichkeit für das Gesamtgebiet der Wirtschaftspolitik eigentlich trägt, ist völlig unklar. Eine einheitliche Wirtschaftspolitik ist bei dieser Sachlage ganz unmöglich. Und dabei handelt es sich nicht um reine Kompetenzfragen. Hinter den Kompetenzen stehen vielmehr grundsätzliche Divergenzen in der wirtschaftspolitischen Auffassung der einzelnen Ressorts und ihrer Leiter.“

Dieses Durcheinander, das für die Unfähigkeit der heute regierenden Parteien, auch nur eine vernünftige Transition der Regierung zu schaffen, überaus bezeichnend ist, ist aber, wie dem Wirtschaftsministerium klar sein könnte, durchaus nicht der entscheidende Grund für die Untätigkeit der Regierung. Dieser liegt vielmehr in dem Charakter des Koalitionsministeriums selbst, in der notwendigerweise unfruchtbaren Paarung zwischen Karpfen und Kanarienvogel; darin, daß die wirtschaftlichen Anschauungen innerhalb des Kabinetts in Wirklichkeit unvereinbar sind, die Parteien einander entgegengerichtet sind und eben nur solange zusammen in der Regierung bleiben können, solange nichts Wesentliches auf wirtschaftspolitischem Gebiete geschieht.

Daß diese Untätigkeit in kurzem zu vollständigen Bankrott unserer Wirtschaft führen müsse, erkennt auch das Wirtschaftsministerium. „Bei der völligen Unklarheit und — wenn auch nicht gewollten — Willkürlichkeit, welche die Summe der wirtschaftspolitischen Regierungshandlungen in Fragen der Wirtschaftspolitik zur Schau trägt, bei dem Fehlen einer klaren und unzweideutigen Wirtschaftspolitik“ der Reichsregierung sowohl wie des Parlamentes darf man sich nicht wundern, wenn überall in Deutschland Wünsche, Forderungen, Spekulationen und Beschwerden wild durcheinander gehen... Wir brauchen ein festes und klares Wirtschaftsprogramm, damit dem ungeheuren Drängen eine Richtung an-

haben wird, damit jeder sich auf das einrichten kann, was die nächste Zukunft bringen soll."

Seiner sind die positiven Vorschläge des Wirtschaftsministeriums, wie hier schon wiederholt gesagt worden ist, nichts weniger als geeignet, den Aufbau unserer Wirtschaft sicherzustellen. Das Ministerium befürwortet seine alte Idee der Gemeinwirtschaft oder der „gebundenen Planwirtschaft“, die das Bekenntnis zu den „höchst unpopulären Begriffen Willkür und Sklaverei“ verlangt. Es sollen fachliche Wirtschaftsgruppen, aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzt, gebildet werden.

Die Gesamtheit dieser Wirtschaftsgruppen, die als fachliche Selbstverwaltungskörper auszubilden wären, würde neben den regional gewählten Vertretern in einem Reichswirtschaftsrat zu vereinigen sein. Die Aufgabe dieser Wirtschaftsgruppen und dieses Reichswirtschaftsrats sollten zunächst rein wirtschaftliche sein: Sie sollen mit wirtschaftlichen Mitteln planmäßig eine neue Wirtschaft aufbauen. Ihre politische Betätigung sollte sich ausschließlich auf die Begutachtung, Anregung und Förderung wirtschaftspolitischer Gesetze beschränken bleiben.

Als oberstes Organ der deutschen Gemeinwirtschaft soll ein Reichswirtschaftsrat gebildet werden, der von Unternehmern und Arbeitern paritätisch besetzt sein soll und in dem Handel und die Verbraucher vertreten sind. Rohstoffe, Kraft, Elektrizität und die Getreidemüllern sollen in solcher Weise gemeinwirtschaftlich verwaltet werden. Außerdem wird noch eine Ausdehnung des gemeinwirtschaftlichen Betriebes, also der Beteiligung des Reichs an den industriellen Unternehmungen, empfohlen. Dazu soll auch die Befugnis des Reiches dienen, bei der Vermögensbesteuerung statt Veräußerung Vermögensobjekte selbst zu übernehmen, wobei von den Steuerpflichtigen verschiedene Objekte ohne Entschädigung an das Reich fallen sollen.

Es ist nicht nötig, auf diese Pläne weiter einzugehen. Es ist klar, daß diese Gemeinwirtschaft mit sozialistischer Organisation der Volkswirtschaft gar nichts zu tun hat. Die Kapitalisten bleiben in ihrem Besitz. Der aus ihnen und den Arbeitern zusammengesetzte Wirtschaftsrat ist, da sich die entmenschenliebenden Bestrebungen der Arbeiter und der Unternehmer gegenseitig aufheben, zu jeder selbständigen Tätigkeit unfähig und die Entscheidung wird schließlich durch die Bürokratie erfolgen, die in bestem Falle irgendwelche hindende Kompromisse zwischen dem Arbeiter- und Unternehmerstandpunkt, zwischen Konsumenten- und Produzenten-Interessen mit Mühe und Not aufzubrechen würde. Der Plan der Gemeinwirtschaft ist nur ein Kunstwerk aus der Verleumdung, zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Prinzip klare Stellung zu nehmen. Diese Wirtschaft würde die rückwärtslose Initiative des Kapitalismus beseitigen, ohne die planmäßige sozialistische Neuorganisation der Volkswirtschaft an deren Stelle zu setzen. Die Ausbeutungsfunktion des Kapitals bliebe erhalten, die Vorzüge der kapitalistischen Produktion, die stürmische Entfaltung der Produktivkräfte gänzlich verloren.

Aber dieses Verleumdungsprodukt ist vor allem politisch undurchführbar. Jeder wirkliche Sozialist wird es abtun ablehnen. Die bürgerlichen Parteien aber wollen von einer solchen Beschränkung der kapitalistischen Produktion nichts wissen. So steht hinter dieser Idee, hinter diesem bürokratischen Einfall überhaupt keine treibende Kraft. Die Denkschrift des Wirtschaftsministeriums wird Makulatur bleiben, an der Unfähigkeit der Regierung nichts ändern und nur einen neuen Beweis der Unfähigkeit der Koalitionsregierung bilden, wirtschaftspolitisch irgend etwas zu leisten.

Gefährlich ist aber ein anderer Vorschlag des Wirtschaftsministeriums. Es hat ein Gesetz über den Arbeitsfrieden ausgearbeitet, demzufolge zunächst auf ein Jahr für die befriedeten Betriebe die Ausübung des Streikrechts an gewisse Voraussetzungen geknüpft sein soll. Einem Bezirksausschuss für Arbeitsfrieden wird die obliquarische Vermittlung bei arbeitslosen Streik übertragen. Berücksichtigt sich die Vermittlungsaktion, so darf nur dann gestreikt werden, wenn neun Achtel (!) aller Arbeiter eines Betriebes in einer geheimen Abstimmung ihre Stimme für den Streik abgegeben haben.

Das wird allerdings diesem Ministerium behagen. Keinerlich sich doch schon der „Vorwärts“ wie zu den anderen Vorschlägen des Ministeriums auch zu dieser Ausübung des Streikrechts recht entgegenkommend. Da möchten wir doch keinen Zweifel daran lassen, daß für uns die Anstaltung des Streikrechts völlig undiskutabel bleibt, solange nicht die kapitalistische Ausbeutung vollständig beseitigt und die sozialistische Neuordnung durchgeführt wird!

Die bedauerliche Indistretion.

Berlin, 24. Mai.

Kritisch wird mitgeteilt: Die vom Reichswirtschaftsministerium dem Reichskabinett vorgelegte wirtschaftspolitische Denkschrift ist durch eine bedauerliche Indistretion vorzeitig veröffentlicht worden. Die mitgeteilten Auszüge geben im übrigen den Inhalt der Denkschrift nur unvollkommen wieder.

Die „Vossische Zeitung“ bemerkt dazu: „Es ist durchaus richtig, daß die Denkschrift von uns nur im Auszug wiedergegeben und daß insulgedessen auch der Grundcharakter dieser Denkschrift nicht voll zur Geltung gebracht wird. Denn diese Denkschrift enthält außer dem, was wir veröffentlichten, noch eine besonders temperamentvolle Kritik an der bisherigen Haltung des jetzigen Kabinetts und an der Auffassung, die die sozialdemokratischen Parteien im bisherigen Verlauf der Revolution vom Sozialismus befeindet haben. Wir hatten nicht geglaubt, daß dem Reichsministerium in seiner Gesamtheit an der Veröffentlichung gerade der von uns fortgelassenen Teile der Denkschrift, jetzt so besonders gelegen sein würde.“

Der Kampf gegen die Zwangswirtschaft.

Am Ausschluß der Nationalversammlung für Volkswirtschaft empfahl ein Zentrumvertreter eine Eingabe von Leberindustriellen, die die freie Einfuhr von rohen Häuten, Fellen und Gerbstoffen wünschte, zur Veranschlagung. Reichswirtschaftsminister Wiffell erklärte die Erfüllung dieses Wunsches für unzulässig. Die freie Einfuhr würde zwar einigen Kapitalistischen Firmen Nutzen bringen, aber die Mehrzahl der mittleren und kleineren Unternehmungen zugrunde richten und die Verbraucher empfindlich schädigen. Auch in der Innenwirtschaft sei die gebundene Bodenwirtschaft unentbehrlich. Nach der

Aufhebung der Beschlagnahme gewisser Arten von Metallwaren sei fast das gesamte Geschäft durch einen Großbetrieb aufgekauft worden, die Preise seien dann sprunghaft in die Höhe geschossen. Das sei der Segen des freien Handels. In der Diskussion forderte der Genosse Simon (Unabhängige Sozialdemokratie) die Befreiung der Zwangswirtschaft für den Lederhandel. Die Frage wurde schließlich von der Tagesordnung abgesetzt, um den Fraktionen noch einmal Gelegenheit zu ihrer Beratung zu geben.

Ein neues Abenteuer im Osten.

Durch die patriotische Presse geht ein frohlockendes Aufatmen. Endlich, nach langer, langer Zeit, ein neuer „großer Sieg“. Riga, die Hauptstadt Lettlands, ist im Sturm genommen worden. In der ersten Meldung hieß es beschönigend-zurückhaltend, die Stadt sei von der baltischen Landeswehr genommen worden. Jetzt raust man sich bereits um den Lorbeerkranz. Eine offiziöse Meldung aus Libau polemisiert gegen die „Times“, die gemeldet hätten, daß die lettischen Truppen beim Vormarsch von den Deutschen behindert worden seien. „Im Gegenteil“ — heißt es in der Meldung weiter — „stürmten der Stoßtrupp der lettischen Landeswehr und die ihm angegliederte süddeutsche Gebirgsbatterie Redem als erste über die Düna-Brücke... Die in schwerem Abwehrkampf gegen den energisch angreifenden Feind stehenden reichsdeutschen Truppen haben die Fühlung mit der Landeswehr aufrecht erhalten...“ Also nicht allein die baltische Landeswehr, die berüchtigte Bräuterei der deutsch-baltischen Junker, sondern vor allem reichsdeutsche Truppen sind an dem neuen militärischen Abenteuer beteiligt gewesen.

Es wird nun versucht, den Vorstoß gegen Riga als einen von humanitären Gründen diktierten Schritt darzustellen, der ausschließlich den Zweck verfolgte, den in Riga befindlichen Deutschen die „Befreiung“ zu bringen. Wir sehen davon ab, daß auch über die Verhältnisse in Riga von interessierter Seite die unglücklichsten Schauererzählungen verbreitet worden sind. Wie noch soeben der in Stockholm eingetroffene schwedische Konsul aus Riga berichtet, sind die Meldungen über die bolschewistische Schreckensherrschaft in Riga stark übertrieben. Aber selbst angenommen, daß es den in Riga befindlichen Deutschen unter der bolschewistischen Herrschaft schlecht ergangen ist, muß auf das nachdrücklichste dagegen Einspruch erhoben werden, daß jetzt zur Rechtfertigung und Bekräftigung des Vorstoßes gegen Riga dieselbe Methode angewendet wird, die bisher bei allen weltpolitischen Abenteuern des kaiserlichen Deutschland üblich gewesen ist.

In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Vorstoß gegen Riga weder um eine Befreiung, noch um eine im Interesse der Landesbevölkerung liegende militärische Operation. Die Eroberung Rigas ist vielmehr ein neues Glied in der Kette jener raffiniert-brutalen Raubpolitik, die in den letzten Monaten von den deutsch-baltischen Junkern und der ihnen verbündeten Reichsregierung in Lettland betrieben wird. Der Sturz der rechtmäßigen lettischen Regierung, die Verhaftung der führenden Mitglieder des Volkspartei und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der unerhörteste Terror im Lande — das alles sind Truppen dieser Politik, die unter der glänzenden Leitung des Finnlandbesetzers, Graf v. d. Goltz, und seines getreuen Dieners, des deutschen Gesandten Winnig geübt wird.

Nach Nachrichten, die uns von durchaus zuverlässiger Seite zugegangen sind, stellt sich aber der Vorstoß gegen Riga nicht nur als brutaler Gewaltstreich, sondern als ein Akt unerhörtester politischer Gemeinheit gegen das lettische Volk dar. Es ist bisher von den amtlichen Stellen sorgfältig verdrängt worden, daß schon am 15. Mai zuerst in Dünamünde und dann in Riga eine politische Umwälzung stattgefunden hat, die zum Sturz der bolschewistischen Regierung und zu ihrer Ersetzung durch eine gemäßigt-sozialistische Regierung führte. Wie das Libauer Demagogenblatt „Sarg“ berichtet, hat sich diese neue provisorische Regierung an den Führer der lettischen Fronttruppen, Oberst Ballod, mit dem Ersuchen gewendet, seine Truppenteile sofort der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen, aber von diesem eine abschlägige Antwort erhalten. Das deutsche Oberkommando, dem auch die lettischen Truppen unterstellt sind, habe Ballod vorgeschrieben, sich mit seinen Truppen nicht vom Fleck zu rühren. Deshalb dieser Befehl erlassen worden ist, geht aus dem jetzt eingetroffenen „Siegesmeldung“ hervor: — „Viel abschätzlich die lettischen Truppenteile im Hintergrunde, um mit Hilfe der baltischen Landeswehr und reichsdeutscher Truppenteile den Handstreich gegen Riga zu unternehmen und die lettischen Truppen vor einer vollendeten Katastrophe zu stellen.“

Daß dies auch in militärischer Hinsicht keine Selbstenttarnung, nicht aus den weiteren Mitteilungen des Libauer Blattes hervor. Große Truppenbestände der Rigaer Regierung in der letzten Zeit nicht mehr zur Verfügung gehabt. Man hatte sich auf den Fall Rigas bereits vorbereitet. Die Rigaer Arbeiter konnten den Hunger nicht mehr ertragen und erhoben sich gegen die Regierung hauptsächlich deshalb, weil diese in den letzten Monaten alle Arbeitslosen mobilisiert und die kräftigsten nach Rußland und an die Ostfront abgehoben hatte. Die Truppen an der Rigaer Front waren kaum fähig, irgendwelchen Widerstand zu leisten.

Nun sind die dem Grafen von der Goltz unterstellten deutsch-baltischen und reichsdeutschen Truppen unter der Führung baltischer Junker in Riga eingezogen. Wer diese Elemente kennt und auch nur oberflächlich Bekanntschaft mit der barbarischen Mord- und Plünder- und anderen kurländischen Völkern, der wird seinen Augenblick im Zweifel sein, daß sie nun in Riga den unerhörtesten Terror, die unbeschränkte Diktatur des Schicksals proklamiert haben. Es wird zwar von amtlicher Seite wie auch von den regierenden Rechtssozialisten immerfort verkündet, daß die reichsdeutschen Truppen sich nicht in die inneren Angelegenheiten Lettlands einmischen und nie und nimmer daran denken, das Selbstbestimmungsrecht des lettischen Volkes anzutasten. Wodurch Goltz gegenüber dem bewährten Klientel gegen das Selbstbestimmungsrecht der Rigaer Bevölkerung, die in denselben Augenblick von den deutsch-baltischen Junkerbestien überfallen wird, wo sie aus eigenem Antrieb den gemäßigtesten Strahlen entgegenkommt und sie zur Mitarbeit an der neuen Regierung heranzieht. Auch das wüste Geschrei über die „bolschewistische Gefahr“, mit dem jedes

neue Abenteuer gerechtfertigt wird, entspricht sich mit demagogische Lüge, denn gerade die neue Regierung, die von den Rigaer Arbeitern eingesetzt wurde, und jetzt von den einmarschierenden deutschen Soldatentruppen geschloffen worden ist, bestand ausschließlich aus nicht bolschewistischen Elementen.

Welche internationalen Konsequenzen die Eroberung Rigas durch die deutschen Truppen haben wird, ist noch nicht abzusehen. Bekanntlich ist schon vor etwa 2 Wochen von amtlicher Seite erklärt worden, daß die deutschen Truppen Kleinnest aus Lettland und Litauen zurückgezogen werden sollen. Die Offizierskorps denkt aber gar nicht daran, dieses Aufmarschgebiet der Gegenrevolution preiszugeben. Es hat sich hinter der Strohmännerregierung Needorf-Präsident verhängt und haust in Lettland eben wie etwa die Kosakentruppen bei der Niederschlagung der Arbeiterbewegung im lieben deutschen Vaterland. Sie wird jetzt mit jedem Tage frecher und herausfordernder und ist, wie die Eroberung Rigas beweist, bereits zur Offensive übergegangen, um allen, die es noch nicht wissen sollten, den Beweis zu erbringen, daß der aggressive deutsche Militarismus sich nur scheinbar gestellt hat, in Wirklichkeit aber eben lebendig und ebenso zu jeder Schandtat, zu jeder politischen Herausforderung, zu jedem blödsinnigen Abenteuer bereit ist, wie unter der glorreichen Regierung Wilhelms II.

Bestellte Arbeit.

Berlin, 24. Mai.

Die lettische Regierung hat an die deutsche Gesandtschaft in Berlin die Bitte gerichtet, der Reichsregierung das Ersuchen zu übermitteln, die reichsdeutschen Truppen noch einige Zeit in Lettland zu lassen, da die lettische Landeswehr vorläufig noch nicht imstande sei, allein die Front gegen die Bolschewisten zu halten. Die Rücksicht auf die Tatsache, daß die Bolschewisten eine entsprechende Gelegenheit sei, erhofft die lettische Regierung die Bitte.

Diese Meldung deckt die Hintergründe der neuen Offensive recht unvorsichtig auf. Ein Blinder merkt es leicht, daß die Einnohme Rigas u. a. nötig war, um die „Unabhängigkeit“ der deutschen Truppen in Lettland nach dem Willen und ihren Abzug aus dem Lande zu verhindern.

Die Note der Allierten.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Deutschlands künftige Bevölkerung.

10. Teilschlüssen kann man, was die künftige Bevölkerung betrifft, den Angaben der deutschen Note keinen Glauben schenken. Ferner versucht diese zu beweisen, daß die Auswanderung aus Deutschland notwendig sein wird, aber daß weniger als diese Auswanderung auszuweichen werden. Sie vertritt auch die Meinung, daß eine Menge von Deutschen in ihr Geburtsland zurückkehren werden, um dort unter Bedingungen zu leben, die schon jetzt als unentwäglich hingestellt hat. Es wäre unrichtig, viel Gewicht auf die eine oder die andere dieser Mutmaßungen zu legen.

Deutschland soll Handel mit seinen Nachbarn treiben.

11. Schließlich behauptet die deutsche Note leichtfertig, daß die Friedensbedingungen logischer Weise den Tod mehrerer Millionen von Menschen in Deutschland über dem Kopf sich ziehen würden, die im Krieges geschloffen sind oder die sich selber töten würden. Man könnte mit sehr gutem Recht den insolge des Krieges durch Deutschland erlittenen Verlusten, die noch viel beträchtlicheren Verluste entgegenzusetzen, die von unseren Verbündeten durch Deutschlands Angriff und die keine Kriegsführung zugefügt wurden, Verluste, die unermessliche Spuren bei der menschlichen Bevölkerung Europas hinterlassen haben. Andererseits beruhen die Zahlen der Verlebten durch unsere Blodade angeblich verursacht worden sind, auf reinen Hypothesen. Die deutsche Schätzung der Verluste durch Verluste kann nur dann anerkannt werden, wenn man die Behauptungen anerkennt, auf deren Grundlauge sie nach der Behauptung beruhen. Aber diese Voraussetzungen sind vollkommen irrtümlich, es liegt nicht der mindeste Anlaß vor, zu glauben, daß eine Bevölkerung zu dauernder Unfähigkeit verurteilt ist, sie in Zukunft Handel mit ihren Nachbarn zu treiben. Man kann sich selbst das zu erzeigen, was sie bedarf. Sie können gleichzeitig ein großes Industrie- und Handelsland ohne selbst die Rohstoffe zu erzeugen, die für keine Industrie notwendig sind. Das ist z. B. der Fall bei Großbritannien, das mindestens die Hälfte seiner Lebensmittelmittel und den größten Teil seiner Rohstoffe einführt. Unter dem neuen Regime kann nichts Deutschland daran hindern, eine feste und geordnete Stellung in Europa zu gewinnen. Seine Gebiete haben während des Krieges weniger verloren, als irgendeines anderen kriegführenden europäischen Landes. Sie haben tatsächlich weder Plünderungen noch Beschlagnahmungen, die unversehrt Kräfte, die ihm in Verbindung mit seiner Einfuhr bleiben, müssen seiner Wiederaufbau und seiner Entwicklung genügen.

Die Folgen der zwangswirtschaftlichen Einschränkungen der Rüstungen.

12. Die deutsche Antwort berücksichtigt auch nicht die großen Ersparnisse, die Deutschland für die Wiederaufbauarbeiten durch die zwangswirtschaftlichen Einschränkungen seiner künftigen militärischen Rüstungen genügt wird. Querschnittsbeleg seiner Einwohner, welche höher entweder in der Vorbereitung des Krieges oder in der Erzeugung von Herstellungswerkzeugen betätigt, werden mehr für zivile Arbeiten verfügbar sowie für die Erzeugung der industriellen Erzeugung des Landes. Kein anderes Land dürfte dem deutschen Volk mehr Genugung verschaffen.

Deutschland soll Einsicht zeigen.

13. Aber die erste Bedingung für diese Wiederaufbauarbeiten scheint zu sein, daß Deutschland die gegenwärtige Weltlage kennt, an deren Schaffung es zum größten Teil beteiligt ist. Es muß einsehen, daß es nicht vorsehert, sondern bleiben darf. In der ungeheuren Katastrophe, die über die Welt hereinbrochen ist, ist der für Deutschland bestimmte Anteil den Regierenden nicht nach Deutschlands Verhältnissen, sondern nur nach seinen Kräften bemessen worden. Alle Regierungen Europas haben Verluste erlitten und werden lange noch Verluste tragen müssen, die für sie fast zu schwer sind. Diese Verluste diese Verluste sind ihnen durch den Angriff Deutschlands außerordentlich auferlegt worden. Es ist gerecht, daß Deutschland, als die Ursache dieses Unglücks es nach dem vollen Maße seiner Verantwortungen entschuldigen, sondern aus den Handlungen, die es im Krieg verurteilt und verhängt haben. Die Urheber der Katastrophe können keinen gerechten Folgen nicht entgegen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner angedeuteten Hochachtung.

Des. Clemenceau.

Die Verhandlungen in Spa.

Berlin, 24. Mai.

Über den Verlauf der Verhandlungen in Spa wird offiziell berichtet: Die Finanzdelegierten werden heute unter Vorsitz Bernburgs in Spa zur Besprechung technischer Einzelheiten tagen. Bis heute abend werden die Gegenvorschläge fertig sein. Gestern waren amtesend Scheldemann, Erzberger, Dernburg, Bell, die sechs Versailler Delegierten und eine ganze Anzahl von Sachverständigen. Die Besprechungen wurden im kleinsten Kreise geführt. In den ersten Tagen der nächsten Woche werden die Gegenvorschläge in einer größeren Denkschrift überreicht werden (deutsch, englisch und französisch), in der alle Fragen als ein einheitlicher Komplex behandelt werden, die bisher in Einzelnoten noch nicht erledigt wurden. Zugrunde gelegt ist der Rechtsboden, der sich aus der Lanfingnote ergibt. Es wurde versucht, unter Anerkennung der beiderseitigen Bedürfnisse den sicherlich vorhandenen Zwiespalt in den gegnerischen Vorschlägen zu beseitigen, der darin besteht, daß einerseits es Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete unmöglich gemacht werden soll, hochzulommen, und daß andererseits Deutschland die härtesten wirtschaftlichen Auflagen zugemutet werden. Es wurde versucht, in positiven Vorschlägen vorzugehen, was Deutschland unter den gegebenen Bedingungen leisten kann, und was nicht, und ferner, daß gewisse Leistungen überhaupt nur möglich sind bei einer gewissen Gemeinsamkeit der Arbeit zwischen den Gegnern und unter. Kabinett und Delegation sind der Ansicht, daß unsere Gegenvorschläge ein brauchbares Instrument zu Verhandlungen, auch zu mündlichen, sind. Andere Fragen sind in Spa nicht verhandelt worden.

Die deutschen Delegierten wieder in Versailles.

Verailles, 24. Mai.

Die deutschen Friedensdelegierten, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau, Reichsjustizminister Dr. Landsberg, Reichspostminister Wiesbert, Präsident Oberbürgermeister Leinert und Professor Dr. Schäding sind heute 12 1/2 Uhr aus Spa wieder in Versailles eingetroffen. Dr. Reichow ist zwecks finanzieller Besprechungen nach in Spa geblieben.

Annehmen oder ablehnen?

Verailles, 24. Mai.

Offiziell wird mitgeteilt: Die in der ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten, daß die deutsche Friedensdelegation und besonders ihr Vorsitzender für eine Unterzeichnung des vorliegenden Friedensentwurfs unter allen Umständen eintreten, sind offensichtlich tendenziöse Redeweise und entsprechen jeder Wahrheit. Die Bemerkungen der Delegierten, annehmbare Friedensbedingungen herbeizuführen, beweisen am besten, daß die Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung noch gar nicht aktuell ist. Es ist vorläufig unklar, daß die Gegner ablehnen sollten, über die deutschen Gegenvorschläge zu verhandeln.

Die Bedingungen für Oesterreich.

Verailles, 24. Mai.

Die Pariser Morgenblätter melden, daß der Rat der Vier sich gegen die militärischen Bedingungen für Oesterreich und der Prozeß der österreichischen Kriegsverurteilungen beizugehen hat. Die Pariser „Chicagoer Tribune“ erklärt, daß der Vertrag mit Oesterreich am Dienstag fertiggestellt sein und Mittwochs nachmittags den österreichischen Delegierten überreicht werden wird. Den Oesterreichern wird eine Woche Zeit eingeräumt werden, um den Vertrag zu prüfen. In militärischer Hinsicht ist beschlossen, daß die österreichische Armee auf zwei Divisionen mit höchstens 20.000 Mann einschließlich 8 Heftartillerie-Regimenten herabgesetzt werden soll. Der Rat der Vier beantragt sodann die letzte Entscheidung über die finanziellen Bedingungen, namentlich hinsichtlich der Verteilung der Kriegsschuld des ehemaligen Oesterreich-Ungarn auf die Staaten, welche sich heute im Gebiet der früheren Monarchie gebildet haben. „New York Herald“ hält es für wahrscheinlich, daß die Oesterreicher den Vertrag noch vor Deutschland unterzeichnen werden.

Das Vorgehen der Entente gegen Rußland.

Über den Versuch der französischen Regierung und der englischen Bourgeoisie, die russische Revolution durch Waffengewalt zu vernichten, schreibt „Le Populaire“: Die französischen und englischen Regierungen haben die Klasse abgeworfen und unternehmen jetzt einen offenen Krieg gegen das revolutionäre Rußland. Soll denn dieser Krieg der französischen und der englischen Regierung gegen das russische Volk, der ein Unternehmen ist, das unter dem Einflusse der russischen zaristischen Emigrierten in Paris und London erfolgt ist und allein den Proletariat Englands und Frankreichs gebildet werden? Und er beantwortet mit dem englischen Arbeiterblatt „Daily Herald“ die Frage damit, daß er ebenso wie dieser die englischen Arbeiter, das französische Proletariat aufruft, nicht die Verschlechterung der russischen Arbeiterrepublik durch die Anionen und die Tante der internationalen Reaktion zu dulden. Wir werden uns, so schreibt er, mit einem englischen Völkchen vereinen und verlangen von der Arbeiterklasse, daß sie die Solidarität fundiert, die sie mit dem russischen Proletariat vereint.

Frankreichische Matrosenrevolte in Sewastopol.

Verailles, 24. Mai.

Das Blatt des Deputierten Brijon „La Voix“ veröffentlicht den Brief eines französischen Matrosen aus Sewastopol vom 22. April 1919. Dem Briefe zufolge räumen die französischen Truppen Rußland, weil auf den französischen Bannern „France“, „Justice“, „Bergnac“, „Miravalles“ und einigen anderen vor Sewastopol liegenden Schiffen Revoluten ausbrachen. Am 21. April sangen die Besatzungen dieser Schiffe die Internationale und legten die rote Flagge. Landsturmlauber schlugen sich auf die Seite der Bolschewisten und durchzogen die Straßen Sewastopols. Es kam zu Schießereien, wobei es Tote und Verwundete gab. Als die Matrosen die Räumung Rußlands forderten, antwortete der Kommandant mit der Androhung, daß Rußland binnen 14 Tagen geräumt sein werde. Der Matrose sagt in seinem Briefe hinzu, wenn es nicht geräumt wird, würden alle französischen Matrosen revoltieren und für ihre Handlungen nicht mehr einstehen. Die „Humanität“ mitteilt, sind

von 180 000 verurteilten Frontkämpfern der „Aigle“ 120 000 von der Polizei wegen der Veröffentlichung dieses Briefes beschlagnahmt worden. „Humanität“ protestiert gegen diesen Eingriff in die Pressefreiheit. Monnoyeu versichert sich immer mehr seine Popularität.

Täglich steigt

die Auflage der „Freiheit“. Immer größer wird die Zahl der Arbeiter, die einsehen, daß im Kampfe gegen das Wiederaufkommen des Nationalismus und gegen die Gefahren, die der Revolution von ihren offenen Feinden und ihren falschen Freunden drohen, die unabhängige Presse, die

„Freiheit“

die beste Waffe ist.

Aber trotz der großen Leserschaft der „Freiheit“ lesen immer noch viele Tausende von Proletariern die bürgerliche Presse oder den „Vorwärts“, und obwohl alle diese Zeitungen den Bestrebungen der Arbeiterschaft nach Sicherstellung und Weiterführung der Revolution feindlich oder lau gegenüberstehen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Sorgt dafür, daß der Leserkreis Eures Blattes, das sich in kurzer Zeit das Vertrauen des größten Teils der Arbeiterschaft erworben hat, und das „trotz aller Anfeindungen und Verfolgungen“ unerschrocken für Eure Interessen eintritt, immer weitere Verbreitung findet. Sorgt dafür, daß am bevorstehenden Monatswechsel die Zahl der Leser wiederum gewaltig anschwillt.

Jeder neue Leser ist ein neuer
Mittkämpfer.

Die Komödie der Sozialisierung.

Das von der Regierung unter dem Druck des Generalstreiks der Bergarbeiter erzwungene Gesetz über die Sozialisierung des Kohlenberaubes ist von Anfang nichts anderes gewesen als eine wohlberedete Täuschung der Arbeiterschaft. Immerhin glaubten die rechtssozialistischen Arbeiter, daß durch dieses Gesetz die Sozialisierung des Kohlenberaubes wenigstens beabsichtigt werden könne. Ihre Hoffnungen sind schmachvoll enttäuscht worden. Die Beratungen des in diesem Gesetz vorzulegenden Sachverständigenrats haben deutlich erkennen lassen, daß von ihm wie von der nanzen jetzigen Regierung auch nicht die leiseste Förderung einer wirklichen Sozialisierung zu erwarten ist. Bereits anlässlich der ersten Beratungen dieses Sachverständigenrats Mitte April, die beziehungsweise unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, haben wir die Beschlüsse des Sachverständigenrats als einen Hohn auf jede Sozialisierung bezeichnet müssen. Unser Urteil hat damals bereits vereinzelt Zustimmung in den Kreisen der Rechtssozialisten gefunden.

Anlässlich der zweiten Tagung dieses Sachverständigenrats, die wiederum nicht öffentlich stattfand, rebellieren aber auch bereits die rechtssozialistischen Arbeiter. Diese Stimmung kommt deutlich zum Ausdruck in der rechtssozialistischen Presse des Ruhrbezirks, die sich sehr ungehalten zeigt über die Tagung des Sachverständigenrats. Zur Deformation gehören dem Sachverständigenrat einige Arbeitervertreter an. Selbst diese sozialistisch angelegten Vertretungen sind jetzt hoffnungslos. Von ihnen hat die „Eiserne Arbeiterzeitung“ folgendes erfahren:

Der Vertreter des süddeutschen Großkohlenhandels, Stiegler, setzt offenbar hinter den kapitalistischen Treibereien, die unternommen wurden, um die Öffentlichkeit in Sachen der Sozialisierung zugunsten der Bergwerkskapitalisten zu beeinflussen. Man wolle die Sozialisierung hintertreiben. Schon deshalb müsse die Öffentlichkeit der Verhandlungen verweigert werden. Im Sachverständigenrat traten die Wortführer großkapitalistischer Interessen im Bergbau und Kohlenhandel hart hervor. Vertreter des Kleinhandels seien gar nicht vorhanden. Die Wortführer des Privatkapitals hätten sich alle Mühe gegeben, die zur Vermittlung der Kohlenindustrie heranzuziehenden Vertreter der Arbeitnehmer in möglichst niedriger Zahl festzusetzen. Am liebsten hätte man gar keine zugelassen, wenn dem nicht das Gesetz entgegenstünde hätte. In den ersten Beratungen sei es abgelehnt worden, den Angehörigen eine Vertretung in der Sachverständigenverwaltung einzuräumen. Erst als bei der zweiten Beratung Reichskommissar Due dafür entschieden eingetreten, habe man sich einem Antrage des Steigers Werner gemäß herbeigelassen, auch Angehörigenvertreter zu berufen. Heftig habe Due darauf hingewiesen, daß sich die Arbeiterschaft mit der jetzt vorgesehenen geringen Zahl von Arbeiter- und Angehörigenvertretern in den Sachverständigenverwaltungen nicht zufrieden geben könne. Die neue Zeit erfordere andere Maßnahmen. Bei der Erörterung der Frage des Selbstverbrauchs habe sich vornehmlich ergeben, daß die Bergwerksherrn sich mit der neuen Zeit noch nicht abzufinden vermöchten. Die Unternehmer wollten eine so große Menge von der Förderung als Selbstverbrauch dem sozialisierten Kohlenhandel entziehen, daß schließlich der Reichskohlenrat nur über ein Drittel der Förderung zu verfügen gehabt hätte. Hauptverantwortlich wäre dabei Hugo Stinnes gewesen, der die Verbeibaltung einer ganzen Reihe wichtiger Kohlenzugrechte für Pöhlen, Kraft und Lichtwerke usw. beansprucht habe. Ihm sei Reichskommissar Due energisch entgegengetreten, der nur die Fördermenge als Selbstverbrauch bezeichnen wolle, die von den Hohen zur Aufrechterhaltung der Hochbetriebe benötigt werde. Die Auseinandersetzungen zwischen Stinnes und Due hätten klar werden lassen, daß die Wertbesitzer das Bekleidende Böten, das Sozialisierungsrecht zum größten Teil politisch unbrauchbar zu machen. Zweck des Sozialisierungsgesetzes sei nicht die privatrechtlichen Sonderrechte, sondern die Interessen der Allgemeinheit zu wahren. Diesen zu er-

reichen, sei es vor allem nötig, daß der sozialistische Druckkampf eingeleitet werde.

Bedarf es noch weiterer Beweise, um zu erkennen, daß von diesem von der Regierung so hochgepriesenen Gesetz keine Förderung der Sozialisierung zu erwarten ist? Na, daß es von der Regierung in dieser Form abgelehnt wurde, um eine wirkliche Sozialisierung zu verhindern? Die Erkenntnis dieser bitteren Lehre, die erst durch die Tatsachen geschaffen wurde, dürfte nun wohl auch den gläubigsten Optimisten zeigen, daß die Sozialisierung niemals in Gemeinschaft mit den Kapitalisten durchgeführt werden kann, sondern nur im Gegensatz zu ihnen.

Folgen des Eisenbahnstreiks in Ostpreußen.

Königsberg, 24. Mai.

Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Königsberg ist der Zulauf von Gütern nach dem Bezirk wegen Arbeitsausfällen auf verschiedenen Stationen des Eisenbahndirektionsbezirks Königsberg bis auf weiteres gesperrt. Ausgenommen von der Sperrung ist die Strecke Gding-Königsberg und das Gebiet westlich von der Linie Korbeldude-Wormditt-Allenstein-Königsberg. Der D-Zug und der Fernsonnenzugverkehr wird, soweit Personal verfügbar ist, aufrechterhalten.

Königsberg i. Pr., 24. Mai.

Offiziell wird mitgeteilt: Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter hat sich nunmehr fast über den ganzen Direktionsbezirk Königsberg ausgedehnt und ruft schwere Hemmnisse im Verkehr und Wirtschaftlichen hervor. Die Arbeiter versuchen vielfach unter Drohungen die dienstbereiten Beamten an der Arbeit zu verhindern. Auch Militärzüge sollen nicht besetzt werden. Als heute ein Zug mit 5-600 Soldaten aus dem besetzten Gebiet in Elstau ankam, wurde er nicht weiter besetzt. Die Mannschaften besetzten nun selbst die Waggons und fuhren über Insterburg nach Königsberg, wo Anweisung gegeben ist, sie mit einem Sonderzug weiter ins Reich zu befördern. Sie noch berichtet wird, vertweigern die Ausländer auch die Beförderung und Bedienung der Passagierzüge. Abordnungen der ausländischen Arbeiter haben sich nach Berlin begeben, um beim Minister ihre Forderungen zu vertreten.

Auf der Jagd nach Beerleide.

Wir erhalten eine Zuschrift des Genossen Petersen, Rendsburger Str. 24, aus der hervorgeht, daß in seiner Wohnung, nachdem sein Telefon bereits seit Wochen unter der Kontrolle des Edenhotels steht, am 21. Mai von einem Wachtmeister und drei Mann sowie 8 Offizieren in Zivil unter Aufsicht einer in der Lindenstraße wohnenden Spitzlerin, namens Frieda Franke, „Hausdurchsuchung“ gehalten wurde, während auf der Straße einige mit Mannschaften vollbesetzte Militärautos warteten. Die Hausdurchsuchung nahm den üblichen Verlauf, den man durch die Freiwilligen-Truppen ja bereits gewohnt ist. Sie dauerte 4 Stunden, da es den Herren nicht gelang, das „belastende Material“, nach dem sie suchten, aufzufindern. In Ermangelung von etwas Besseren nahmen sie zwei Broschüren sowie einige Flugblätter und Adressen mit. Wie der Genosse Petersen versichert, steht sein Haus seitdem unter dauernder Beobachtung.

Besonders bemerkenswert wird diese willkürliche Hausdurchsuchung aber durch die Ausgehungen, die den hausdurchsuchenden Herrschaften dabei einschläpfen. Aus ihnen ließ sich entnehmen, wonach, d. h. nach wem man suchte, nämlich nach Hauptmann von Beerleide und nach Hauptmann Bölske. Petersen fand schon während des Krieges in Beziehung zu Beerleide. Das scheint dem Edenhotel bekannt gewesen zu sein und so hofft man bei Petersen „Material“ gegen Beerleide zu finden, der genau wie Hauptmann Bölske durch seine radikale politische Haltung seinen ehemaligen Kameraden besonders verhaßt zu sein scheint. Der Genosse Petersen betont, daß die bei ihm hausdurchsuchenden Herren Offiziere wiederholt sagten, daß sie Beerleide bei der ersten sich bietenden Gelegenheit verhaften würden und dabei würde es gewiß nicht wieder „entkommen“.

Aus der Partei.

Zur Einigungsfrage.

Die Zentralkomitee für Einigung der Sozialistischen Parteien beruft auf den 21. Juni einen Sozialistenkongress aller sozialistischen Parteien ein. Auf wiederholte Anfragen aus den Kreisen unserer Parteigenossen machen wir darauf aufmerksam, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei mit dieser Zentralkomitee nichts zu tun hat.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat es als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet, die Bekämpfung des Proletariats für die großen Kämpfe, die es in diesen revolutionären Zeiten durchzuführen hat und die ihm noch bevorstehen, herzustellen und zu festigen. Auf dem Wege, den die Zentrale für Einigung einschlägt, kann das Ziel nicht erreicht werden.

Nicht von oben herab durch künstliche Einigungsversuche, sondern lebhaft aus der Erkenntnis der Massen selbst, daß die Kriegspolitik der Rechtssozialisten und die von ihr jetzt betriebene Gewalt Herrschaft verderblich bringend für die Arbeiterklasse sind, kann ein wirksamer Bund aller Proletariat entstehen.

Die Einigkeit kann, das haben die letzten sechs Monate in erhöhtem Maße bewiesen, sich nur vollziehen, wenn das Proletariat eine einheitliche Grundlage für sein Handeln findet. Soll das Proletariat keine historische Aufgabe erfüllen, soll es nicht bloß zum Schlepptier der Bourgeoisie werden und um alle Kräfte der Revolution betrogen werden, so muß es sich sammeln unter dem Banner des revolutionären internationalen Sozialismus. Das haben die Massen immer mehr erkannt und fördern deshalb der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu, die die Grundzüge des internationalen proletarischen Sozialismus während der Kriegszeit und bis heute allen Verfolgungen zum Trotz vertreten hat. Nichts kann deshalb die Einigkeit des Proletariats mehr fördern und befestigen, als der Eintritt aller noch der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Anhängenden, wenn auch innerlich mit ihr fühlenden Proletariat in diese Partei.

Über die Einigung ist in der Tat genau geredet. Es gilt zu handeln. Trete ein in die Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Dann ist die Macht des Proletariats so groß, daß es alle reaktionären Gewalten überwinden wird.

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

A. WERTHEIM

G. M. B. H.

Herrenkleidung

Herren-Anzüge aus haltbaren Stoffen, in diversen Farben, moderebräunl., grünliche Designs **375.00**

Jünglings-Anzüge in dunkelblau, alle Größen **195.00**
in II-reihiger Form **210.00**

Frühjahrs-Ulster moderne Formen, in verschiedenen Stoffarten

Frühjahrs-Paletots leichte u. halbschwere Qual, in schwarz u. marong

Herren-Beinkleider moderne Streifen **88.00**

Leipziger Straße

Königsstraße

Rosenthaler Straße

Moritzplatz

Reiseartikel

Handkoffer dunkelbraun, deutsche Faserplatte, mit 8 Schutzecken und Schloß
Länge ca. 1500 mm 1650 mm 1800 mm 2100 mm

Handkoffer Rindleder, von 55 bis 70 cm, in verschiedenen Ausführungen und Preislagen

Reise-Handtaschen Rindleder, in verschiedenen Formen und Größen

Bahnkoffer aus Holz und Rohrplatten, mit wasserdicht gefirnäßigem Bezug

Reise Necessaire mit u. ohne Einrichtung

Reisebüro

Eingang Leipziger Platz

Vertretung der Mitteleuropäischen Reisebüros G. m. b. H. (M.E.R.) Berlin u. d. Mitropa, Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-Akt.-Ges., Berlin

Amtl. Fahrkarten-Ausgabe
Vorverkauf
von Eisenbahnfahrkarten und Seefahrten zu amtlichen Preisen ohne Aufschlag. Kostenlose Auskunft in allen Reiseangelegenheiten. Gepäck-Versicherung. Reise-Unfall-Versicherung

Herren-Artikel

Strohüte verschiedene Gefächte und Formen, von **15.50 an**

Filzhüte weich, neue Farben und Formen, von **41.00 an**

Mützen verschiedene Stoffe und Farben, von **15.50 an**

Hosenräger dauerhaftes Gurtband, von **3.90 an**

Spazierstöcke große Auswahl, von **9.50 an**

Krawatten Selbstbinder oder fertig, von **7.50 an**

Krawatten Selbstbinder, gestriekt, neue Muster, von **11.20 an**

Oberhemden, Kragen und Vorhemden

Knabenkleidung

Blusenanzug hochgeschlossen, mit schwarzer Schleife, aus grau meliertem Stoff, für ungefähr 3 Jahre **25.00**
Jede weitere Größe 1.50 mehr

Sportanzug offene Form, aus grünem cheviotartigen Stoff, für ungefähr 9 Jahre **75.00**
Jede weitere Größe 3.00 mehr

Knabenmantel brauner od. blaugrauer haltbarer Stoff, gefüllt, in aufgesetzter Tasche u. Stepperel, für unge. 4-7 J. **57.00**
Jede weitere Größe 4.50 mehr

Knaben- u. Jünglings-Garderobe Knaben-Jackens u. Sportanzüge, Schlupfanzüge, Kleider Anzüge und Mäntel sowie Waschanzüge in reicher Auswahl

Lederwaren

Geldtaschen Leder für Damen und Herren **3.50 4.50 6.50 10.50 17.50 19.50**

Brief- und Banknotentaschen Leder, von **19.50 an**

Damen-Handtaschen Leder, in verschied. Formen und Lederarten, von **18.50 an**

Damen-Handtaschen Leder mit Bügel, von **25.00 an**

Parfümerien

Reiserollen 5.50 7.50 16.50

Schwammteschen 2.75 7.50

Zahnbürsten 1.25 bis 4.50

Zahnbürsten Köcher schw. 65 Pf. weiß 1.50

Seifendosen Celluloid 2.25 3.00

Seifendosen Celluloid weiß 3.25

Zahnpulver Dose oval 1.50 u. 2.25
Zahnpulver i. Schachtel 55 u. 65 Pf.
Zahnpulver in Paketen 20 u. 40 Pf.
Mundwasser i. Flasche 1.50 u. 2.50
Eau de Cologne 2.75 u. 6.00
Teer-Kopfwasser Flasche 3.25
Kamillen-Kopfwasser Pf. 3.25

Nemdentuch 80-82 cm breit, fein und starkfädige Qualität, für Leib- und Bettwäsche **12.50**

Krepon bedruckt, in schönen Mustern und Streifen, **17.50**

Chevrolet schwarz, **68.50**

Theater und Vergnügungen

Volksbühne, Theater am Bülowplatz, Direktion Friedrich Kaysser, 3 Uhr: Die Heirat, 7 Uhr: Festspiel.

Opernhaus, Mittags 11 Uhr: Mittags-Vorstellung zu Gunst des Vereines Berliner Presse Die Walküre I u. II. Akt, 7 Uhr: Der Wildschütz.

Schauspielhaus, Nachm. 3 Uhr: 17. Volksvorstellung zu ernsten Gen. Pressen: Die Kreuzschneider, 7 Uhr: Coriolan.

Röhlgrätzer Straße, Nachm. 3 Uhr: Festspiel, 7 Uhr: Der Biberpelz.

Komödienhaus, an der Marschallbrücke, 3 Uhr: Die Ehre, Abends 8 Uhr: Feldherrnhügel, Montag: Erdbeul, Dienstag: Feldherrnhügel, Mittwoch: Feldherrnhügel, Donnerstag: Erdbeul, Freitag: Feldherrnhügel, Sonnabend: Der Vater (Ludw. Hartau, Maria Orska), Sonntag: Der Vater (Ludw. Hartau, Maria Orska), Montag: Feldherrnhügel.

Berliner Theater, 3 Uhr: Die in die Komte, 7 Uhr: Sterne die wieder leuchten.

Deutsches Theater, 7 Uhr: Hamlet.

Kammerspiele, 7 1/2 Uhr: Der Star.

Kleines Schauspielhaus, 7 1/2 Uhr: D. Bäcker d. Pandora.

Lessing-Theater, Direkt: Victor Barnowsky, 3 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen, 7 1/2 Uhr: Liebe, Montag: Dies irae, Dienstag: Peer Gynt, Mittwoch: Dies irae, Donnerstag: Der blaue Fuchs, Freitag: Peer Gynt, Sonnabend: Letzte Vorstellung vor den Ferien: Liebe, Sonntag: Beginn der Sommerzeit: Gastspiel Guido Thieler: Charleys Tante, Montag: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat., 3 Uhr: Mein Nachbar Amelie, 7 1/2 Uhr: D. Schloß am Wannsee, Montag u. folg. Tage 7 Uhr: Das Schloß am Wannsee, Sonntag 1. Juni: Beginn der Sommerzeit, zum 1. Mal: Die Rutschbahn, Montag: Die Rutschbahn.

Theater am Nollendorfsplatz, 3 Uhr: Der Juxbaron, 7 Uhr: Die Puppe.

Rose-Theater, 7 1/2 Uhr: Eke-Urlaub, 4 Uhr: Gartenföhne, Konzert - Buster Zell.

Walhalla-Theater, 7 1/2 Uhr: Kleine Skavina.

Casino-Theater, Lothringer Str. 17, Tägl. 7 1/2 Uhr: Die Berliner Puppe, Der selbige Hollischinski, Dazu erstklass. Spezialitäten, Sonntag 3 U. Du ahnst es nicht.

Wintergarten, täglich 7 1/2 Uhr, Varietévortrag, Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbuser Tor, Or. Sauerland, Kottb. Str. 41, Abends 7 1/2 u. Sonntag nachmittags 3 Uhr.

Elite-Sänger, 8 abmal. Woch. der Stadt am 31. März, Bühnen-Konzert, Beginn 7 Uhr, Sonnt. nachm. ermäß. Pr., Vorverkauf II-1 Uhr.

Fortuna-Lichtspiele, Märlersstraße 12c.

Der Hund von Baskerville, 2. Teil, Das einsame Haus, 5 und 8 Uhr.

Walhalla-Lichtspiele, Chausseestraße 79.

Fern Andra, Eine Schicksalstragödie in 6 Akten, Täglich 7 1/2 u. 8 Uhr.

Zwei Menschen, Eine Schicksalstragödie in 6 Akten, Täglich 7 1/2 u. 8 Uhr.

Kastenwagen, von M. 80.- an, Leiterwagen, von M. 35 an lose Räder etc.

G. Wagner, Köpenicker Straße 71, (Kein Laden).

Achtung! Munitionsfabrik Spandau!

Ausflug nach den Müggelbergen!

Dienstag, 27. Mai 1919, Treffpunkt bis 9 Uhr Bahnhof Grünau, Musikinstrumente sind mitzubringen.

Achtung! Munitionsfabrik Spandau!

Ausflug nach den Müggelbergen!

Dienstag, 27. Mai 1919, Treffpunkt bis 9 Uhr Bahnhof Grünau, Musikinstrumente sind mitzubringen.

Bunte Bühne im LINDENPARK

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 13, Täglich 7 Uhr: Theater, Variete, Kabarett, Tänze, Täglich 3 Uhr: Großes Künstler-Konzert, Schönster, herrlichster Lindenpark-Garten, Volks- und Kinderbelustigungen.

Blumengarten Oberschöne-weide-Oberspree

Jeden Sonntag nachmittags 4 Uhr, Musik-Orchester Freischütz 27 Mann, Straßenbahnverbindung Schlesischer Bahnhof-Cöpenick und Stsbahn bis Sadowa.

Brauerei Julius Bötzw

Prenzlauer Allee 242-47 - Prenzlauer Tor, Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend u. Sonntag, Grosses Garten-Konzert, Jeden Mittwoch und Sonntag, BALL GROSSER BALL.

Wirtshaus am Oranke-See

Orankestr. 41-49 Berlin-Hohenschönhausen, Orankestr. 41-49 Straßenbahn-Verb. 164 u. N. O. Inhaber: Max Korn.

Jeden Sonntag: Garten-Konzert

In beiden Sälen: Großer Ball!

Bildungsausschuss U.S.P. Neukölln

Freitag, den 30. Mai, in Kliems Festsälen, Hasenheide 13-15, Richard Wagner - Abend, Leitung: Hermann Scherchen, Mitwirkende: Das Bühnen-Orchester / Herr Herm. Schey (Bariton) / Herr Nikolaus Lammlein (Violine), Anfang 7 Uhr, Eintrittskarten zu 1.50 M., sind zu haben im Büro, Necker-Str. 3, bei Stahmann, Reuter-Str. 46, Hofenbeck, Hermann-Str. 11, Seibiger, Weichsel-Str. 8, Glemmecker, Kaiser-Friedrich-Str. Ecke Tell-Str., Kirche, Hermann-Str. 168, Bruga, Bergstr. 57 und bei den Mitgliedern des Bildungsausschusses.

Achtung! Munitionsfabrik Spandau!

Ausflug nach den Müggelbergen!

Dienstag, 27. Mai 1919, Treffpunkt bis 9 Uhr Bahnhof Grünau, Musikinstrumente sind mitzubringen.

Achtung! Munitionsfabrik Spandau!

Ausflug nach den Müggelbergen!

Dienstag, 27. Mai 1919, Treffpunkt bis 9 Uhr Bahnhof Grünau, Musikinstrumente sind mitzubringen.

Kliem's Festsäle

Morgen! S. Hasenheide 13. Morgen! Montag, den 26. Mai 1919 abends 8 Uhr, Vortrag über:

Freie Liebe oder Ehe? Die Prostitution!

Redner: Dr. Martin Olpe, Eintritt 0,50 und 1,- Mk., nummerierte Karten 2,- Mk, Kasseneröffnung 6 Uhr.

U.S.P. Schöneberg

Montag, den 26. Mai 1919, 7 Uhr abends in der Schlossbrauerei, Schöneberg, Hauptstraße, Doppel-Vortrag, Gen. Hauptmann von Berfelde über Die Ursachen des Zusammenbruchs, Gen. Eisel: Was nun?

Massenbesuch in Aussicht, daher rechtzeitiges Erscheinen erforderlich, Gäste haben Zutritt.

Kaufmännische Privatschule

Paul Kowalski, Berlin SO., Köpenicker Str. 143, am Schl. Falsch, Fernsprecher: Moritzplatz 11236.

Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschineschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschineschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung, Tages- und Abendkurse.

Zahnpraxis Goldberg

Berlin, Alexanderplatz, Eingang Ecke Königsgraben, Sprechstunden 9-12, 2-6.

Institut Zahnersatz

Umarbeiten schlechtes Gebisse unter Garantie für gutes Passen, Reparaturen innerhalb 8 Stunden, Zahnziehen mit lokaler Injektion, bei Bestellung von Zahnersatz kostenlos Munduntersuchung und Rat kostenlos, Goldkronen, Stifzähne, Brücken, Auffallend billige Preise.

Möbel extra billig

Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer, Küchen, große Auswahl, Zahlungsvorteilhaft auf Wunsch.

Neugebauer

Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 10, Ecke Schillerstr., Kein Laden.

Landwrt. Maschinen

Geräte aller Art, für die gesamte Landwirtschaft, bester Qualität.

H. Fleischmann

Berlin W. 30, Gleditschstr. 10, Niederlage: 100, Jerusalemstr., Katalog M. 1000.

Achtung! Kollegen

Reparaturen, und Silberwaren, 10 Uhr schnell und billig, Kurt Kehler, Lothringerstr. 10, Reichhaltiges Lager an Uhren und Goldwaren.

Nicht in 6-8 Wochen

sondern in 3-5 Tagen werden sämtliche Militär- u. Zivilgardengehörig, Transverschen binnen 24 Stunden Schnellherber, chem. Reinigung Kammergeschosse, Nord-West, Inh. Gatz & Sieb, Fabrik, Kottor und Annahme Gatzkowskystr. 14.

Dr. med. Karl Reinhardt

Berlin, Poladamer Strasse 117 (s. d. Luisenpark), Haut- und Hornhaut, bewährte, fachmännische Behandlung, Unentgeltliche Auskunft und ausführliche Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlicher Heilverfahren) in den Sprechstunden von 11-12 Uhr im vorderen Zimmer, Sonntag 11-12 Uhr im vorderen Zimmer, schlesische Str. 129.

Uhren- u. Goldwaren Reparaturwerk

Vorkauf von Uhren u. Schmuckwaren, Reelle Bedienung, Max Teschke, NW 37, Dorotheenstr. 10.

Eine Treibjagd gegen Kriegsbeschädigte.

Die Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer der in den Spandauer Forstbetrieben Beschäftigten hatten gestern nachmittags eine Massenversammlung nach dem Lustgarten einberufen. Schon lange vor der festgesetzten Zeit waren sie in großen Massen zusammengekommen, und immer neue Scharen strömten noch herbei. Kurz vor 2 Uhr erschienen plötzlich Koschegarden unter Führung von Offizieren, die zum Teil in Zivil waren, herrten alle Zugänge zum Lustgarten ab, besetzten die Nebentreppe und ließen niemand mehr passieren. Selbst die Besatzungsbahnen durften nicht weiterfahren. Als ein Redner vor den inzwischen im Lustgarten Versammelten, die nun von den Truppen eingeschlossen waren, sprechen wollte, wurde er daran gehindert, die Versammlung für aufgelöst erklärt und die Anwesenden aufgefordert, sofort auseinander zu gehen.

Inzwischen bildete sich ein Zug von Kriegsinvaliden, denen der Zutritt zum Lustgarten verweigert worden war und welche sich nach den Linden zu in Bewegung. Es war ein riesiger Menschenhaufen, eine suchbare Anklage gegen die Schuldigen am Kriege, dieser Zug, dem Krüppel und Blinde sein Gepräge gaben. Stumm zogen sie, unter Bevormundung von Schildern mit Aufschriften wie: „Wir wollen Arbeit und Brot“, „Wir haben ein Recht auf Arbeit“, dahin. Auch Schilder, auf denen Kriegsbeschädigte, wie man sie jetzt überall sieht, mit dem Reichsdeutlichen als Dämonen, abgebildet waren, mit der Unterschrift: „Das ist der Dank des Vaterlandes“, illustrierten trefflich das Elend der Deserteure.

Doch diese hatten nicht mit der normierenden Führung des „Arbeiter“ Rulle gerechnet. Als sie sich der Wilhelmstraße näherten, überholten die Lastkraftwagen mit Truppen den Zug, herrten die Straßen und begannen eine blinde Schießerei.

Es entstand zunächst ein wildes Durcheinander, Schreie ertönten. Einige Kriegsbeschädigte belamen Krampfanfälle, andere ließen in Cohnsdrat ungewante Empörung, auch unter dem bürgerlichen Publikum über dieses unverantwortliche Treiben gegen die, die für das „Vaterland“ zum Krüppel geworden waren, sprach sich Luft. Ein Trupp von Demonstranten zog nach einer Reibung, wo sie jedoch auch bald wieder auseinander getrieben wurden.

Es ist eine unerhörte Herausforderung, Maschinengewehre gegen Kriegsbeschädigte aufzuführen zu lassen. Wenn das Wort „Dank des Vaterlandes“ noch nicht zur Phrase geworden wäre, hier würde es das, das es nur eine Phrase ist. Anknüpfend zog der stumme Zug seinen Weg, während aus dem Universitätsgarten, in dem Studenten in vollem Wahn und mit Fahnen eine Feierlichkeit hatten, die Klänge von „Deutschland, Deutschland über alles“ an sein Ohr klang. So ist durch diese auseinandergetriebenen Demonstration allen Beteiligten mehr als es die verhandelt haben vermocht hätten, das Bewußtsein in die Seele gedrungen: Kampf gegen diese Regierung, die für die Leiden und Klagen der Kriegsbeschädigten mit Maschinengewehre und Koschetruppen kämpft!

Im Namen des Ebenhofs.

In diesen Vorgängen wird uns von einem Augenzeugen geschrieben: Meiner Ansicht nach ist die heutige Umpferung auf den Ebenhof des Ebenhofs erfolgt; das geht daraus hervor, daß sich ein Koschetrupp erlaubt, an der Friedrücksbrücke einem Dämonen 400 Fremde der kommunistischen Wochenchrift „Hammer der Gleichheit“ zu beschlagnehmen. Er sollte darüber mit erst altmütterlichem, mütterlichem Requiriertolent folgenden Betrag aus-

Leistung

über die Beschlagnahme von 400 Stück „Hammer der Gleichheit“ an der Friedrücksbrücke auf Befehl des Garde-Kavallerie-Regiments, Ebenhof, Abteilung I, B.

Unterschrift: Weude, Leutnant und Kampagnenführer.

Im Namen des Ebenhofs ist also die Beschlagnahme der Druckschriften erfolgt, im Namen des Ebenhofs hat man auch die Kriegsbeschädigten auseinandergetrieben.

Sigung des Volksgesamts.

Der Volksgesamtsrat beschäftigte sich in der am 24. Mai abgehaltenen Sitzung mit den Richtlinien für die Arbeit der Arbeiterschaft der Stadt Berlin. Diese wurden ohne längere Debatte einstimmig angenommen. Der Volksgesamtsrat betrachtet sie als die erste Stufe zum Rätekongress.

Des weiteren beschäftigte sich der Volksgesamtsrat mit einem Antrag der K. P. D., der bezug nahm auf den Beschluß der letzten Vollversammlung, durch den der Volksgesamtsrat ersucht wurde, sofort einen Rätekongress einzuberufen. Der Antrag der K. P. D. hat folgenden Wortlaut:

Der dritte Rätekongress wird auf Donnerstag, den 5. Juni 1919, vom Volksgesamtsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin nach Berlin einberufen.

Tagesordnung.

- 1. Der Friedensschluß. 2. Neuwahl des Zentralrates.

Zur raschen Durchführung der Wahlen schlagen wir vor:

Um die Stellung der Arbeiter unterstellt zum Ausdruck zu bringen, ist eine Neuwahl der Delegierten zum Rätekongress auf Grund von Betriebswahlen erforderlich. Wahlberechtigt sind Männer und Frauen über 18 Jahre, die gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichten und kapitalistisch ausgebeutet werden. Gemeinden mit 20 000 und mehr wahlberechtigten Einwohnern bilden einen Wahlkreis. Gemeinden mit weniger Wahlberechtigten vereinigen sich zu einem gemeinsamen Wahlkörper mit den Nachbargemeinden. Auf 20 000 Wahlberechtigten entfällt ein Delegierter zum Kongress.

Soweit die örtlichen Arbeiterräte nicht nach Betriebswahlen gewählt sind, sollen sie bis zum 20. Mai neu gewählt werden. Der örtliche Volksgesamtsrat bis zu diesem Datum die Wahlen nicht veranstaltet, so treten am 30. Mai die Arbeiter in den Betrieben zusammen zur Wahl der örtlichen Arbeiterräte. Die Betriebe in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern haben auf je 500 Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen ein Arbeiterrätemitglied zu wählen. In Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern haben die Betriebe auf je 1000 Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen ein Arbeiterrätemitglied zu wählen. Die Betriebe mit 500 bis 1000 Wahlberechtigten treten zu einem gemeinsamen Wahlkörper zusammen.

Die Arbeitlosen beteiligen sich gleichfalls an der Wahl der Kongressdelegierten. Soweit solche Arbeitlosen nicht wählen, wird zunächst in den Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern auf je 500 Arbeitlose, in Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern auf je 1000 Arbeitlose ein Arbeiterrätemitglied gewählt.

Montag, den 2. Juni treten die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte eines Wahlbezirks zur Wahl der Kongressdelegierten nach dem Verhältniswahlrecht zusammen.

Stimmlose werden durch Sammlungen der Arbeiterschaft aufgebracht. Ein Anruf hierzu wird gleichzeitig erlassen. Da nach Beschluß des zweiten Rätekongresses der dritte Rätekongress nicht nach Bezirkswahlen zustande kommen darf, so sind alle auf Grund von Bezirkswahlen zustande gekommenen Kongress-Delegationen unzulässig.

Hierzu geben die Mitglieder der U. S. P. D. folgende Erklärung ab:

Prinzipiell sind wir für sofortige Einberufung des Kongresses, wir sind bereit zur Überwindung aller bestehenden Schwierigkeiten beizutragen. Die Vorlage der K. P. D. ist ganz unannehmbar, denn sie berücksichtigt weder die elementarsten Grundzüge des Rätekongresses, noch trägt sie den bestehenden, für das Wahlreglement zu berücksichtigenden Verhältnisse Rechnung.

Die U. S. P. D. gab folgende Erklärung ab: Der von der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins am 31. Mai 1919 gefasste Beschluß auf Einberufung eines dritten Rätekongresses durch den Volksgesamtsrat Groß-Berlin ist unzulässig. Der Beschluß der Vollversammlung steht in schärfstem Gegensatz zu dem von der U. S. P. D. Fraktion des zweiten Rätekongresses herbeigeführten Beschluß, wonach der Zentralrat die höchste Instanz der K. P. D. und U. S. P. D. ist.

Die U. S. P. D. Fraktion des Volksgesamtsrats steht auf Grund dieses Beschlusses auf dem Standpunkt, daß ein dritter Rätekongress nur allein vom Zentralrat einberufen werden kann. Die Einberufung eines Rätekongresses durch einen örtlichen Volksgesamtsrat bedeutet eine Zersplitterung der Arbeiterräte und würde eine neue Klüftung in der Arbeiterschaft Deutschlands herbeiführen.

Die Fraktion erkennt an, daß ein Rätekongress notwendig ist. Die Stellung zu den Friedensfragen und zu dem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens nimmt und fordert daher der Zentralrat auf, einen dritten Rätekongress mit dieser Tagesordnung unverschieblich einzuberufen.

In der Aussprache wurde betont, daß es ganz unmöglich sei, nach dem Vorschlag der K. P. D. überhaupt einen Kongress zustande zu bringen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der U. S. P. D. abgelehnt.

Folgender Antrag der U. S. P. D. wurde angenommen:

Der Volksgesamtsrat wählt eine Kommission, die sofort eine für das ganze Reich anwendbare Wahlregelung auszuarbeiten soll. Sobald das geschehen ist, wird der Zentralrat aufgefordert, einen Kongress nach dem vorgeschlagenen Reglement einzuberufen; lehnt der Zentralrat ab, dann tritt der Beschluß der Vollversammlung in Kraft.

Die Kommission lehnte es ab, in einer Kommission zur Ausarbeitung eines brauchbaren Wahlreglements mitzuarbeiten. Dieses Verhalten wurde von den Mitgliedern der U. S. P. D. auf das Schärfste gerügt. Die nächste Vollversammlung soll sich mit dieser Frage beschäftigen.

Konferenz Groß-Berliner Gemeindevertreter. Unser Kommunalprogramm.

Die auf dem Boden der U. S. P. stehenden Gemeindevertreter Groß-Berlins hatten sich am Sonnabend zu einer bedruidamen Konferenz im Rathausaal eingefunden. Genosse Wurm hat im Auftrage der Parteileitung Richtlinien für ein Gemeindeprogramm ausgearbeitet und entwickelte nun in dieser Zusammenkunft seine darin niedergelegten Gedanken. Seine überaus gehaltvollen und klaren, zweieinhalbstündigen Ausführungen fanden den Beifall der Versammelten. Die Aussprache darüber wurde auf eine demnächst anzuberaumende weitere Konferenz berlagt, um den Genossen in den einzelnen Orten die Möglichkeit zu eingehender Stellungnahme zu geben.

Genosse Weise erstattete den Bericht des Groß-Berliner Gemeindevorstandes. Er berührte die dort verhandelten Fragen kurz und schlug vor, für die einzelnen Gebiete der Kommunalpolitik Sonderkommissionen zu bilden. In diese Ausschüsse sollen von den Vorortkreisen je zwei, von Berlin fünf Mitglieder delegiert werden. Das wird beschlossen.

Genosse Rosenfeld ging auf die kommunalen Arbeiterräte ein. Da sich das Gewicht derselben in den nächsten Tagen entscheiden werde und das in vielen Gemeinden von uns abhängen werde, schlage er zur öffentlichen Kundgebung unseres Standpunktes folgende Entschlüsse vor:

Die Konferenz der auf dem Boden der U. S. P. stehenden Gemeindevertreter Groß-Berlins fordert das Weiterbestehen der kommunalen Arbeiterräte. Die Gemeindevertreter aller Gemeinden haben die Pflicht, überall für die kommunalen Arbeiterräte einzutreten und dafür Sorge zu tragen, daß die ihnen gemäß Verordnung der preussischen Regierung vom 18. November 1918 zustehenden Entschädigungen auch weiterhin gezahlt werden. Diese Entschädigung wird einstimmig angenommen.

Genosse Hinz brachte das eigenartige Verhalten der behördlichen Organe auf dem Gebiete der Lebensmittelpflicht zur Sprache und fordert ein energisches Vorgehen gegen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung.

Das Referat des Genossen Wurm werden wir ausführlicher in einer der nächsten Nummern wiedergeben.

III. Provinzialkonferenz der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte in der Provinz Brandenburg.

Die Zentralstelle der A. und S.-Räte in der Provinz Brandenburg, Charlottenburg, Kaiserdamm 1, beruft auf Sonnabend, den 31. Mai, vormittags 9 Uhr die 3. Provinzialkonferenz der A., B. und S.-Räte in der Provinz Brandenburg ein. Derselbe wird im Stadtvorordneten-Sitzungssaal des Charlottenburger Rathauses, Berliner Str. 72-73, stattfinden.

Mit Rücksicht darauf, daß der Zentralrat eine neue Wahlordnung für Arbeiter- und Bauernräte in Aussicht gestellt hat, wird davon abgesehen, für die Besetzung der Konferenz besondere Anweisungen zu geben. Die Regelung dieser Besetzung bleibt vielmehr den Kreisarbeiterräten überlassen. Diesen gingen besondere Einladungen zu, denen auch die für jeden Kreis in Betracht kommende Anzahl der Delegierten beigefügt war.

Da solche Einladungen einige Kreisarbeiterräte nicht erreicht haben sollten, bitten wir um Benachrichtigung an unsere Geschäftsstelle Charlottenburg, Wilslebenstr. 5. Fernruf Wilhelm Nr. 1332.

Die durch Antrag auf der 2. Provinzialkonferenz geforderte und vom Zentralstellenvorstand auch vorbereitete Vereinfachung des Tätigkeitsberichts und dessen Zustellung an die Delegierten der Konferenz mußte unterbleiben, da uns vom Finanzministerium „aus prinzipiellen Gründen“ die Anweisung der an sich sehr geringen Summe zur Deckung der Ausgabe verweigert wurde.

- Die Tagesordnung umfaßt: 1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes. 2. Besprechung desselben. 3. Neuwahl des Vorstandes.

- 4. Vortrag: Der Aufbau des Rätekongresses unter besonderer Berücksichtigung der provinziellen Organisationen. Referent: Arthur Rechl, Korrespondent A. Cohen, Zentralrat. 5. Diskussion. 6. Anträge. Anmerkung: Die Kosten der Delegation gehen zu Lasten der entsendenden Kreis-, oder örtlichen A., B. und S.-Räte. Zentralstelle der A. und S.-Räte der Provinz Brandenburg.

Groß-Berlin.

Die Rathaustribüne.

Chemals war sie nur selten voll besetzt, die Tribüne der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Die regelmäßigen Besucher sind die Pressenmenschen, die beruflich ihren Platz einnehmen. Sonst wechselte das Bild auf der Tribüne. Je nachdem bestimmte Interessentengruppen zur Verhandlung standen, fanden sich die Interessenten ein. Waren wichtige Entscheidungen zu fällen, dann kam der Haus- und Grundbesitz stark interessiert vor, waren die Hausbesitzer die Tribünenbesucher. Waren Lehrer- oder Beamtenfragen auf der Tagesordnung, besonders Besoldungsfragen, bestand das Tribünenpublikum aus den Kreisen von Beamten und Lehrern. Städtische Arbeiter und Angestellte erschienen gewöhnlich dann, wenn ihre Interessen in Frage kamen. Ueber diesen engen Interessentenzirkel hinaus erhob sich der Tribünenbesuch nur besonders bei politisch-aktuellen Fragen (auch bei Fragen der Lebensmittelpflicht). Daß die Stadtverordnetenversammlungen sich nicht mit politischen Fragen beschäftigten, suchte die früher bürgerliche Mehrheit nach Möglichkeit zu verhindern, was ihr aber nicht gelang.

Größeres Interesse nehmen seit der Neuzusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung die Frauen. Auch Arbeitslose benutzen ihre freie Zeit, den Verhandlungen beizuwohnen. Seit einiger Zeit werden Klagen über allzu aktive Teilnahme der Tribünenbesucher erhoben. Es ist den bürgerlichen Herrschaften zu lebendig. Es sind schon Auseinandersetzungen geführt worden, daß das Tribünenpublikum sich jeder Beifalls- und Mißfallensäußerung enthalten soll. Wiederholt wurde ein Vorstoß gemacht gegen den jetzigen Stadtverordnetenvorsteher, weil er zu duldiam sei und manches durchgehen lasse, was die Herrschaften nicht gern sehen.

Nun sind die heutigen Zeiten andere als früher, und Genosse Rosenfeld hatte schon recht, als er in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung meinte, man solle nicht so zimperlich sein, wenn gelegentlich die Tribünenbesucher ihr Einverständnis oder Nichtverständnis bemerkbar äußerten. Es ist selbstverständlich, daß darunter die Verhandlungen nicht leiden dürfen. Dafür können aber die Stadtverordneten — männliche wie weibliche — gleichfalls beitragen, indem sie — wir nehmen hier niemanden aus — selber eine größere Ruhe bewahren möchten, als das heute vielfach der Fall ist. Das sind sie selber, aber auch dem Publikum auf den Tribünen schuldig.

Arbeiterräte der U. S. P. D.

Am Dienstag, den 27. d. M., nach 4 Uhr, findet in der Buchdrucker, Chausseest. 56, eine Sitzung der Fraktion statt. Auf der Tagesordnung stehen außerordentlich wichtige Fragen. Das Erscheinen sämtlicher Arbeiterräte ist unbedingt erforderlich. Der Fraktionsvorstand, J. A.: Otto Koch.

Frau Tilla Durieux' Vortragsveranstaltungen für die Berliner Arbeiterschaft.

Am Sonntag, den 1. Juni, mittags 1 Uhr in der Stadthalle, Stadthaus, Eingang Klosterstraße, revolutionärer Dichter-Vortrag. Zu diesem hat sich auch Frau Tilla Durieux der Berliner Arbeiterschaft zur Verfügung gestellt. Mittags 2 Uhr ab Mittwoch, den 28. Mai in den Bureau Schillerstraße 5, Hof II, Königsberger Straße 24, Seitenst. 1 Tr., Gerichtstraße 71, 1 Tr., Reußstr., Redarstr. 3, Lichtberg, Neue Bahnhofstr. 31, sowie bei allen Abteilungen- und Bezirksführern der Partei zum Verkauf. Der Bezirksabteilungsausdruck des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine U. S. P. D. J. A.: Hermann Weise.

Die Arbeiterräte in den Gemeinden.

Je weiter wir uns von dem 9. November entfernen, desto mehr schwinden die Errungenschaften der Revolution. Die Arbeiterräte suchen sich nach und nach die ihnen unbenommenen Anweisungen zu geben. Sie tun das dadurch, daß sie nach Möglichkeit ihre Tätigkeitsgebiete begrenzen und ständig abtönen, um schließlich ihnen jegliche Mittel zu verweigern. Die Fälle häufen sich in letzter Zeit, in denen den Arbeiterräten der Laufpaß gegeben wird. Jetzt hat auch die Gemeindevertretung in Pehlendorf beschlossen, die Zahlungen an den Arbeiterrat einzustellen und zwar soll dieser Verzicht nicht auf politische, sondern auf finanzielle Gründe stützen, so sagt man. Im Audiercaum hatte man die Kriminalpolizei der Gemeinde postiert, während in einem Nebenzimmer die Polizeibeamten rein zufällig Instruktionstunde hatten. Die Vorstöße war überflüssig, es wurde nicht gepusht.

Nur nicht so schnell.

Aus den vielen uns zugehenden Beschwerden über die Rangwertigkeit des Rentenverfahrens nur eine zur Illustration. Ich bin am 12. Dezember 1918 aus dem Geeresdienst entlassen, nachdem mir infolge einer Verwundung durch Granatsplitter ein Teil des Stirnhirns herausgemischt wurde und ich auf dem linken Auge blind blieb. Meine Arbeitsunfähigkeit beträgt 50 Prozent. Obwohl nun seit dem Tage meiner Entlassung bis heute bereits 6 Monate verstrichen sind, erhalte ich noch keine Rente. Ich bin vor ungefähr 10 Wochen zur Radiumsuchung beim Generaloberarzt gewesen. Keine damals eingereichte Eingabe, gemäß Beschleunigung der Sache hatte den Erfolg, daß ich fünf Wochen später eine Besoldung nach dem Bezirkskommando in der Potsdamer Straße erhielt. Ich wurde zu 11 Uhr vormittags dorthin bestellt. Nachdem ich dort 1 1/2 Stunden gewartet hatte, — in der Zeit hatten die Herren so glücklich ihr Frühstück beendet — wurde mir der Bescheid, sie könnten dabei nichts machen, ich sollte nach der Genthiner Straße gehen und dort mein Heil versuchen, was ich in meiner Aufregung über die Behandlung glatt abblies. Seitdem habe ich von meinem Verfahren nichts wieder gehört. Ich bin von Beruf Konstrukteur und kann jetzt keine Stellung finden.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse

Gr. Frankfurter Strasse

Brunnen-Strasse

Kottbuser Damm

Wilmsdorfer Strasse

**Garten-
Balkon-
Möbel**
in grosser Auswahl!

Korsetten

Korsett in verschied. Ausführungen 4.95, 7.95
 Korsett lange Form mit Strumpfhaltern 8.95
 Korsett lange Form mit Spitzen oder Languntergarbung 8.95, 9.75
 Korsett mit Spitzfedern in verschiedenen Ausführungen 6.95, 8.95
 Korsett für Kinder 4.95, 6.95
 Kinderleibchen 1.95, 2.95

Glasbatistkragen Matrosenform, mit klein gestickt, Muster u. limit. Filetspitze besetzt **8.75**

Blusenkragen aus Tapfenmull in verschiedenen Formen m. breit. limit. Filetspitze besetzt **13.50**

Waschstoffe

Batist-Musselin dunkel bestickt . . . Meter **12.90**
 Voll-Voile einfarbig bestickt Meter **16.50**
 Musselin satiniert, bedruckt, hübsche Muster Meter **17.85**
 Blusen-Satin schwarz, seidenglänzend Meter **19.75**
 Hauskleiderstoffe schwarz-weiss kariert, ca. 100 cm breit Meter **19.35**
 Kostüm- und Kleiderstoffe cheviotartiges Gewebe, hübsche Karos und Streifen, Meter **26.50**

Papierwaren

Eier-Kartons für 30 Eier 2.95, für 60 Eier 4.75
 Papier-Mundtücher weiss gekroppt, 100 Stück 2.95
 Tafeltuch aus weissem Krepppapier, 120x180, Stück 95 Pf
 Briefpapier 100 Bogen 1.75
 Hanf-Umschläge 100 Stück 1.85
 Briefblock Quartformat 100 Blätter 1.25

Kinder-Matrosenhüte schön garniert. **6.50, 9.50**

Herrn-Strohhüte moderner Formen in verschiedenen Gefächten **14.50, 18.50**

Wirtschaftsartikel

2 Gasplättchen mit Erhitzebr. Garnitur **25.00**
 Waschwannen Zink mit Holzboden **45.00, 55.00**
 Tassenwannen Zink mit Holzboden **38.50, 42.50**
 Durchschläge Weissblech **1.95, 2.45**
 Kartoffelpressen **5.50, 7.50**
 Messer und Gabel **3.75, 4.50**
 Küchenmesser **75, 95 Pf**
 Küchenbelie **5.00, 5.95**

Teelöffel Aluminium **75 Pf**
 Esstöffel Aluminium **1.25**
 Rosshaarbesen **16.50, 19.50**
 Rosshaarhandfeger **7.50, 8.50**
 Aermelplättchen **1.25**
 Kaffeemöhlen Holz **15.50, 17.50**
 Waschbretter **4.95, 5.75**
 Brotschneidemaschinen **21.00**

Sicherheitsnadeln sortiert Dutzend **45 Pf**
 Nähnadeln Brief **10, 15 Pf**
 Stopfnadeln Brief **8 Pf**
 Stecknadeln Brief **12 Pf**
 Haarnadeln glatt u. gewellt Brief **15 Pf**
 Haarnadeln extrastark gebogen Karton **35 Pf**
 Lockennadeln Brief **18 Pf**
 Lockennadeln extra stark Brief **30 Pf**

Druckknöpfe weiss od. schwarz Dutzend **45 Pf**
 Hemdenknöpfe besponnen Dutzend **20 Pf**
 Niederband Meter **75, 1.15**
 Patent-Hosenknöpfe Dutzend **35 Pf**
 Reihnägel Karton **28 Pf**
 Strumpfhalter für Kinder Paar **1.45**
 Halbleinenband Stück **1.20, 1.95**
 Stiefelsohlen 100 cm lang, Paar **28, 95 Pf**

Balkonkästen gelacktes **1.95**

Einlochapparate **24.50**
 Thermometer **3.50**

Emaillirte Eimer 25 cm **8.50**

Möbelfabrik Rob. Seelisch

Gegründet 1876



BERLIN O. 34, Rigauer Str. 71-73 a empfiehlt
 gute preiswerte Möbel-Einrichtungen in jeder Preislage.
 Ganz besonders grosse Auswahl in Schlaf-, Speise-, Wohn- und Herrenzimmern
 Jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume
 Lagerfläche: 6000 q-Meter gross

In den nächsten Tagen erscheint die 2. Auflage:

Die Friedensforderungen der Entente.

Revidierte deutsche Uebersetzung der Versailler Bedingungen.
Vollständige Volksausgabe!
 mit einer Karte der geforderten Gebietsveränderungen.
 Herausgegeben von der Deutschen Liga für Völkervereinigung.

Preis nur **M. 1.81**
 plus 10% Contingent-Zerlegungszuschlag.

Der amtliche französische und englische Text der Friedensbedingungen.

Bestandtheil der Deutschen Liga für Völkervereinigung.
 Preis je Btl. 2.50 plus 10% Contingent-Zerlegungszuschlag.

Siebente Flugschrift der Deutschen Liga für Völkervereinigung.

Walter Schücking

Ein neues Zeitalter?

Kritik am Pariser Völkervereinigungsentwurf.
 Ein Vortrag des deutschen Friedensdelegierten in Versailles.
 Preis 20. 0.00 plus 10% Contingent-Zerlegungszuschlag.

In allen Buchhandlungen erhältlich!

Berlag:

Hans Robert Engelmann,

Berlin W 15.

Die Internationale

WOCHENSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES MARXISMUS.

Begründer: Rosa Luxemburg u. Franz Mehring
 Herausgeber: Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Preis 50 Bfg.

Bestellungen nimmt entgegen Georg Schumann
 Leipzig-Kleinschlocher, Knauthhainstr. 36

Zähne 2 Mark 4. Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk
 schöne, natürliche Farbe bei 5jähr. schriftlicher Garantie.
 Zahnziehen mit örtlich. Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
 Echte Goldkronen von 20 Mark an.
 Keine Luxuspreise.
 Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Hatvani

Danziger Strasse 1
 Ecke Schönhauser Allee, Plagatz Danziger Strasse.
 prechstunden von 9-12, 2-7, Sonntags und Feiertags 9-12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Werksstätten für Uhrmacherkunst

Für jede Reparatur 1 Jahr Garantie.
Max Zeutzel, Uhrmachermeister.
 BERLIN N., Müllerstr. 120 und Senfstr. 102.

J. Kirsch, Dentist

Zahnarzt
 prechstunden von 9-1 und 3-6, Sonntags von 10-12 Uhr
 Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 24. Telef. Mpl. 11756
 Um Hause der Luisenstädtischen Apotheke.
 Zahnziehen fast schmerzlos / Gaumenloser Zahnersatz / Goldkronen und Brückenarbeit
Keine Luxuspreise

Zähne v. 3 Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Unbearbeitung schlechtester Gebisse u. Reparatur, sof. Zahnziehen, Billige Preise ev. Teilzahlung.
D. A. Löser Jr., zur Elbstr. 57, 19. im Friedrichstr. 1, 1. und 2. E.



Photo-Apparate

aller Art
 Photogr. Artikel
 Teilzahlung gestattet für Rasse 10%, Rabatt
 Katalog umsonst u. postfrei
Jonas & Co., Berlin SW 867
 Belle-Alliance-Str. 7-10.

Goldwarenhaus

"Reellität" u. Reparaturwerkstatt

Dunkerstrasse 24
 empfiehlt sich den Lesern der Zeitung.

Volkstümliche Redekunst

Erfahrung u. Ratschläge von Adolf Damaschke.
 Aus dem Inhalt: Von d. Bedeutung d. Redekunst / Von d. Anwendung d. Redekunst / Fiktion und Bogabug / Der Stoff / Die Gliederung / Der Ausdruck / Das Anzeigen / Der Vortrag / V. d. Vortragsd. / Redekunst, M. 1.65 postfrei, Nachh. 1.80.
 Buchverlag Deutsche Worte
 Berlin NW 4, Aht. 11.

Die „Bonbonfabrikation“

Fachlehrbuch allerersten Ranges. Soeben erschienen. Einzige in seiner Art. M. 15.20 gegen Nachnahme L. Schwarz & Co., Verlag, Berlin S. 14, Annenstr. 24.

Facharzt

Herrn Hartmann-Frauenleiden, Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchung, Schnellste Heilung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Witters Notambulat. Potsdamer Str. 27b
 11-1, 5-7, Sonntag 11-1

Facharzt

Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11-1 und 5-7 Uhr
 Potsdamer Str. 27b

Metall-Bettstellen

mit Patentfeder-Maträtze 65.- M. do. mit fl. Messing vert. sehr preiswert.
 Mädchenbettstellen 25M.
 Polsterbettstellen 39 M.
Fertige Betten in div. Preislagen.
Matratzen, Bettwäsche (Bezug, cheimtr.) Bettfedern und Dauen von 2.95 M. an.
 Berliner Bettenhaus Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 53-54 Amt Wilhelm 672.

Möbel

jeder Art preiswert
 Große Auswahl
Möbel-Lackner
 BERLIN
 Brunnenstrasse 7
 Nähe Rosenthaler Platz

Spezial-Arzt

Dr. Seord Herr Hartmann-Frauenleiden - Salvarsan - Kuren - Urin- und Blausinterauschungen
 Rosenthalerstr. 49-70
In Heil-Anstalt Löser
 10-1, 5-8, Sonntag 10-1
 Lehnitzallee-Potsdam

Zahn-Atelier

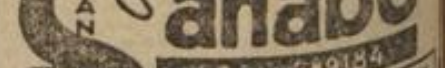
H. Zlotnicki
 Alexanderstr. 36 d, Ecke Kaiserstr.
 Zahnziehen mit örtlicher Betäubung, Füllungen in Gold, Porzellan, Almagam etc.
 Zahnersatz in künstlerischer Ausführung.
 Spezialität: Plattenloser Ersatz, Kronenarbeit
Mäßige Preise!

Reparaturwerkstatt

Uhren und Goldwaren
 Für jede bei mir reparierte Uhr
 letzte fachmännische Garantie
Wilhelm Schell, NO, Allee 136

Erprobte Erfindung! Zum Schutze der Volksgesundheit

Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen (schnell u. schmerzlos)



Sanabo

Wirksamste Heilmittel-Insturment bei Harn-, Darm- u. Harnleiden aller Art.
 In Krankenhäusern, Lazarett, Kliniken im Empfehlung von ersten Autoritäten.
Erhältlich für Anweisung oder auf ärztliche Verordnung
„Sanabo“ Berlin W., Balowstr. 12, 1. u. 2. E.
 Aerdtische Buchhandlung 10-1, 5-8, Sonntag 10-1
 Lehnitzallee-Potsdam

